



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Zeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 3

Charlottenburg, den 15. Januar 1904

31. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Bollsperrre** besteht über Düsseldorf (Josef Hohmann), Offenbach a. M. (Diezel, Lederwarenfabrik), Schlierbach, Tettau (Sonntag u. Söhne), Tillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik).

Halbsperrren:

Alexandrinenthal (Firma Rechnagel), Althaldensleben (außer W. Gerike & Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. d. Oder (Paetsch), Freienorla, Garitz, Gersweiler, Gräfentoda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Bogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Wicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueckendorf, Düsseldorf, Wortmann u. Eibers (Emaillierwerk).

Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). Malerei für Apothekerstandgefäße Karl Franke in Wien. — Kunsttonwaren-Fabrik von Rudolf Ditmar. Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim. — In Brünn ist gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar; in Königsfeld bei Brünn (Mähren): Firma Bollmann u. Cie., beide Emaillefabriken für Maler.

Die amtliche Kriminal-Streikstatistik.

Die amtliche Streikstatistik, die vom Geiste des Zuchthausgesetzes beschattet ist, trägt einen hervorstechend kriminalistischen Zug. Die Fragen nach der Zahl der an Streiks beteiligten Minderjährigen, nach den unter Kontraktbuch vor sich gegangenen Streiks, nach polizeilichen und gerichtlichen Eingriffen

sind nur aus einer Koalitionsfeindlichen Tendenz zu erklären und haben mit den wirtschaftsstatistischen Aufgaben einer Streikstatistik nichts zu tun. Dazu kommt die Art der Erhebung. Die mit der Arbeit betrauten unteren Polizei-Organen verstehen von Wirtschaftsstatistik gar nichts und niemand kann solches Verständnis von ihnen erwarten. Sie sehen nur die polizeilichen Gesichtspunkte bei der Arbeit und da es ihrem Ermessen überlassen ist, wie sie sich unterrichten sollen über die Tatsachen, deren Feststellung ihnen übertragen ist, so ist es bei dem in Deutschland herrschenden Polizeigeiste kein Wunder, daß sie ihre Wissenschaft in der Hauptsache von den Unternehmern beziehen.

Wie dann solche Statistik ausfällt, konnte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schon vor Jahresfrist aus eingehendem Vergleich der Einzelfeststellungen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Streikstatistik nachweisen. Sie konstatierte, daß in der amtlichen Streikstatistik für 1901 nicht weniger als 316 Streiks mit 6243 beteiligten Personen fehlten, über welche in der von den Gewerkschaften geführten Statistik teils spezielle (für 220 Streiks), teils summarische (für 49 Streiks) und nachträglich (für 47 Streiks) berichtet wurde. Daß die Gewerkschaftsstatistik, die nur die Streiks und Aussperrungen zählt, an denen die angeschlossenen Organisationen beteiligt sind, nicht alle Ausstände enthalten kann, ist schon mehrfach dargelegt worden. Wenn aber eine amtliche Statistik, der alle staatlichen Hilfsorgane zu Gebote stehen, an nahezu ein Viertel aller ereigneten Streiks harmlos vorübergeht, so kann eine solche Statistik wahrhaftig keinen auf Anspruch das Prädikat „Zuverlässig“ machen!

Wären die Mängel der amtlichen Statistik lediglich auf ihre Neuheit zurückzuführen, so hätte man allenfalls erwarten können, daß sich das mit der Zeit bessern werde. Die Schuld liegt aber nicht an der mangelnden

Technik der mit der Statistik betrauten Organe, sondern an der verkehrten Organisation der Statistik selbst, vor allem an deren koalitionsfeindlichen Tendenz, welche die Mitwirkung der besten Kenner aller Streikdetails, der Leiter der Gewerkschaften, abstößt. So konnte die Generalkommission in ihrem Vergleiche mit vollem Rechte vorher sagen: „Ohne Hilfe der Gewerkschaften wird es keine brauchbare Streikstatistik geben.“

Die Voraussicht hat sich richtig erfüllt, trotz der ernsten Lehre, die der gewerkschaftliche Vergleich den amtlichen Organen geben mußte. Die amtliche Streikstatistik hat eine zweite Niederlage erlebt und das wird sich so lange wiederholen, als sie auf dem gegenwärtigen Wege beharrt. Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlicht soeben im Auszug die Ergebnisse des Vergleiches der amtlichen und der gewerkschaftlichen Streikstatistiken für 1902, die den für die Reichsregierung blamablen Nachweis erbringen, daß wiederum 317 Streiks mit 5874 Beteiligten, die von den verschiedenen Gewerkschaften geführt wurden, nicht zur Kenntnis ihrer amtlichen Organe gelangten. Abermals über ein Viertel der stattgefundenen Streiks schweigt sich die amtliche Statistik aus. Das ist der Zusammenbruch der polizeilichen Statistikerei und aller an ihre Ergebnisse geknüpften Erwartungen! Denn eine Statistik, die schon in ihren elementarsten Grundlagen so völlig unzulänglich ist gegenüber dem, was die Gewerkschaftsstatistik heute schon bietet, und dem, was bei einem Zusammenwirken von gewerkschaftlichen und geschulten statistischen Organen möglich wäre, kann auch in dem nicht als zuverlässig gelten, was sie gegen die Gewerkschaften ins Feld führt.

So will die amtliche Statistik nachweisen, daß von an den Streiks und Aussperrungen im Jahre 1902 beteiligten Arbeitern 13 952 gleich 25,9 Proz. kontraktbrüchig geworden seien. Wie wenig diese Angabe der Wahrheit entspricht, weist die Generalkommission

bei 4582 angeblichen Kontraktbrüchfällen, für welche ein Vergleich zwischen der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik möglich war, nach. Von diesen 4582 „Kontraktbrüchigen“ arbeiteten 1998 in Alford und hatten keine Kündigungsfrist, und 2786 (nach der amtlichen Statistik 2249) waren an Abwehrstreiks beteiligt, bei denen die Aenderung der Arbeitsbedingungen widerrechtlich innerhalb der Kündigungsfrist von den Arbeitgebern ausgegangen war. Aus diesen Unternehmer-Kontraktbrüchen macht die amtliche Statistik fröhlich Kontraktbrüche der Arbeiter! Vielleicht erleben wir im nächsten Jahre auch, daß die Ausgesperrten von der Unterweser, von Herlohn, Birmasens, Kassel, Köln, Berlin und Crimmitschau zu Kontraktbrüchigen gestempelt werden; einer Statistik, die im wesentlichen auf Angaben der Unternehmer sich stützt, dürfte das nicht schwer fallen.

Ferner gibt die amtliche Statistik an, daß die Streiks des Berichtsjahres in 139 Fällen zur Anrufung der Staatsanwaltschaft und 259 mal zur Inanspruchnahme der Polizeibehörden geführt hätten. Wenn da jede einzelne Denunziation und jede Hin-stellung eines Schutzmanns an den Streikort mitgerechnet ist, so mögen diese Angaben verständlich erscheinen, nicht aber, daß darüber ernsthaft eine Statistik, noch dazu von Reichswegen geführt wird. Schon die Zahl der richterlichen Eingriffe dürfte wesentlich geringer ausfallen, und zieht man die häufigen Freisprechungen von Streikposten in Betracht, die von den Polizeiorganen zu Unrecht belästigt, fortgewiesen und sistiert worden waren, dann bleibt herzlich wenig von dem polizeilichen Belastungsmaterial übrig, nicht wert, daß man deshalb eine nützliche Statistik von Grund aus verdirbt.

So sieht das amtliche Material aus, das die Notwendigkeit einer Anti-Streikgesetzgebung begründen soll. Man muß der General-Kommission Dank wissen, daß sie sich rechtzeitig der Mühe der Nachprüfung dieser Angaben unterzieht. Vielleicht trägt dies dazu bei, der Reichsregierung nutzlose Arbeit und die Wiederholung der Blamage von 1899 zu ersparen, wenn diese einsieht, daß die Gewerkschaften genügend gerüstet sind, um berartige Angriffe zu zerstreuen.

Feuilleton.

Ein Betriebsunfall und seine Folgen.

III.

Ein Musterunfall nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz.

Leider sollte Frey früher an sein gegebenes Versprechen erinnert werden als ihm selbst lieb war. Kaum waren einige Wochen wieder ins Land gegangen, als aus dem Kesselraum der Firma Schneidig u. Co. ein markerschütternder Schrei ertönte. Die zunächst Arbeitenden eilten schnell herbei; es bot sich ihren Augen ein entsetzlicher Anblick dar. Der 38 Jahre alte Maschinist Kober war augenscheinlich vom großen Treibriemen des Motors erfaßt und in die Höhe gezogen worden, so daß er an die Decke gedrückt, leblos herabgefallen war. Hilfreich, ohne Klage und Geschrei, bemühten sich seine befrühten Mitarbeiter um den Schwerverletzten. Telephonisch rief man den nächstwohnenden Arzt herbei. Inzwischen trug man den Verletzten in den Hof der Fabrik, um ihn notdürftig zu entkleiden und das hervorquellende Blut stillen zu können. Doch vergeblich wartete man auf den verlangten „Verbandskasten“, in welchem sich doch Watte, Ver-

Ein gründliche Besserung ist ohne die Mitarbeit der Nächstbeteiligten — also der Gewerkschaften — unmöglich. Von diesen kann man aber nicht erwarten, daß sie eine tendenziös gegen sie geführte Statistik fördern helfen. Die Gewerkschaften haben aber ein Interesse an der Bervollkommnung der amtlichen Statistik, weil sie dann ihre eigene Statistik wesentlich vereinfachen und auf andre Gebiete erstrecken könnten. Daran hindert sie zur Zeit die koalitionsfeindliche Tendenz der amtlichen Statistik. Erst dann, wenn die letztere die überflüssigen polizeirechtlichen Fragen ausschleibt und sich auf rein wirtschaftsstatistische Fragen beschränkt, können die Gewerkschaften dazu beitragen, eine glaubwürdige deutsche Streikstatistik zu schaffen.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Die Zahlstellen-Verwaltungen und die Mitglieder des Beihilfefonds werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Resultate der allgemeinen Mitglieder-Abstimmung zum Beihilfefonds bis spätestens 25. Januar c. im Bureau eingehen müssen.

Später eingehende Abstimmungsergebnisse sind ungültig.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

Bekanntmachung.

Das Mitglied 32949 Franz Tittel, Porzellandreher aus Kahla, ist in der Sitzung des Vorstandes vom 5. Januar 1904 auf Antrag der Zahlstelle Köppelsdorf nach § 5 Abs. 3 des Statuts vom Verband ausgeschlossen worden.

Joh. Schneider, Verbandschriftführer.

110. Vorstandssitzung v. 30. Dezember 1903.

Entschuldigt fehlt Jarges.

Ein Situationsbericht von Schlierbach ist mit Kenntnisnahme erledigt; dem Mitglied 5882 und Genossen, welche wegen Nötigung angeklagt sind, wird Rechtschutz bewilligt. — Von Leitau beantragte Mietszuschüsse, sowie weitere Unterstützung für 4 Wochen für das Mitglied 6877 werden bewilligt. — Den Mitgliedern 15127 und 22422 Köln-Lindenthal, welche mit ihrer Klage auf Lohnentschädigung für die Kündigungszeit vom Gewerbe-

bandsstoffe zc. befinden sollte. Als man endlich den bewußten Kasten gefunden hatte, der doch laut Vorschrift und „Extra-Anordnung“ der Direktion stets zur Hand sein sollte, zeigte es sich, daß er — leer war! „Eine schöne Wirtschaft das“, brummen die harrenden Samariter, doch der „Alte“ tat verlegen, als ob er kein Wort verstanden hätte. Zum Glück kam der gerufene Arzt, der ahnungsvoll sich in Eile eine Quantität Verbandszeug eingesteckt hatte. Schnell war jetzt ein Notverband angelegt und der Schwerverletzte auf Befehl des Arztes in das zunächst gelegene Krankenhaus transportiert, da der Arzt bei der Schwere der Verletzung ein Verbringen in die Wohnung des Verunglückten für unstatthaft hielt.

Frey erbot sich freiwillig, die Familie des Verunglückten die schreckliche Botschaft zu überbringen und nach Möglichkeit Trost zu spenden. Er traf im vierten Stocke einer Mietskaserne die ahnungsvolle Frau des Verunglückten an, die Vorbereitungen für das Abendessen ihrer aus 5 Köpfen bestehenden Familie traf. Erschreckt starrten dem fremden Mann die Augen von 5 Kinderchen entgegen, von denen das jüngste kaum zwei Jahre alt war. Frey versprach der stillweinenden Frau, sofort nochmals in das Krankenhaus zu eilen und dann wieder Ant-

gericht abgemittelt wurden, wird Unterstützung vom Tage der Entlassung ab bewilligt. — Der neugewählte Schriftführer der Zahlstelle Kahla will sein Amt nicht annehmen und wünscht eine Entscheidung des Vorstandes; beschlossen wird, denselben an die Zahlstellen-Versammlung zu verweisen. — Ein Bericht des Vorsitzenden der Agitationskommission des 22. Bezirks, über eine Konferenz der Gewerkschaftsleiter in Essen wird zur Kenntnis genommen. — Dem Mitglied 30934 Kahla wird auf Antrag und Bestätigung durch die Zahlstelle die Straf-Karenzzeit um 1 Jahr gekürzt. — Unter gleichen Umständen wird dem Mitglied 29851 Magdeburg die Straf-Karenzzeit insoweit gekürzt, daß dieselbe mit Ablauf des Jahres beendigt ist. — Das Mitglied 22979 Lucka hat 1 Woche in Buchau in Böhmen gearbeitet, sich während dieser Zeit aber nicht zum oesterreichischen Verband angemeldet und wünscht nun ohne Weiteres in seinen Rechten belassen zu werden. Beschlossen wird, dem Mitglied es überlassen zu lassen, sich mit der Leitung des oesterreichischen Verbandes dieserhalb auseinander zu setzen, inwiefern diese geneigt sein wird die Verhältnisse des Mitgliedes zu berücksichtigen. — Ein Antrag der Zahlstelle Grünstadt, die Beiträge für das Gewerkschaftskartell aus dem 8 pSt.-Fonds der Zahlstelle zu bestreiten, findet Zustimmung. — Bezüglich der Lohnstatistik für 1904 wird beschlossen, die Formulare hierfür in doppelter Breite deselben Formats wie die für das 2. Halbjahr 1903 ausgegebenen, herstellen zu lassen. — Der Kassierer der Zahlstelle Berlin II erklärt, die Verwaltung der Einzelmitglieder in der bisherigen Weise nicht weiterführen zu können. Die Zahl der Einzelmitglieder hat sich seit der Angliederung an Berlin II ziemlich verdoppelt, die Arbeiten für den Kassierer haben sich allgemein gesteigert, so daß es ihm nicht mehr möglich ist, diese Arbeiten im Nebenamt zu verwalten. Entweder müsse der Vorstand die Einzelmitglieder einer anderen Zahlstelle oder dem Bureau überweisen. Nach eingehender Erörterung dieser Angelegenheit kommt der Vorstand zu dem Schluß, daß es vollständig ausgeschlossen ist, die Einzelmitglieder einer anderen Zahlstelle anzugliedern. Bei einer eventuellen Ueberweisung an das Bureau ist in Betracht zu ziehen, daß die Verwaltungsarbeit sich von einer Generalversammlung zur andern ohnehin immer schwerer gestaltet und das Bureau immer mehr belastet. Obwohl dem Verbandskassierer, dessen Ressort besonders belastet ist, fortgesetzte Schreibhilfen bewilligt wurden, ist die Erledigung der laufenden Kassenarbeiten doch nicht in wünschenswerter Weise möglich gewesen wie dieses im Interesse der Kasse und der Gesamtverwaltung zu wünschen wäre. Eine noch größere Anstrengung der jetzigen Kassenbeamten ist nicht denkbar, es muß im Gegenteil ganz ernsthaft mit der Tatsache gerechnet werden, daß das bisherige Arbeitspensum von den Kassenbeamten auf die Dauer nicht geleistet werden kann. Nach längerer Diskussion wird als beste Lösung dieser Frage funden und dementsprechend beschlossen, daß die durch die Einzelmitglieder verursachte Arbeit im Bureau erledigt wird und daß dazu eine besondere

wort zu bringen, wie es dem Vater ergehe. Doch war es den Ärzten unmöglich, an diesem Abend schon bestimmte Auskunft zu geben, da außer der schweren Kopfverletzung auch eine Verletzung des Rückgrates konstatiert wurde. Erst am folgenden Morgen wurde der armen Frau im Spital der einigermaßen beruhigende Bescheid, daß Lebensgefahr nicht vorhanden sei und nach wochen- oder vielleicht monatlanger Pflege eine Wiederherstellung des Verunglückten in Aussicht stehe. Auf Anraten Freys, der in der Mittagspause zu der Familie des Verunglückten geeilt war, begab sich Frau Kober auf das Bureau der Ortskrankenkasse, der ihr Ehemann auf Grund seiner Beschäftigung bei der Firma Schneidig u. Co. als Mitglied angehörte. Hier wurde ihr der Bescheid, daß der Kassenarzt, Dr. Richter, der die erste Hufe geleistet hatte, schon den „Fall“ der Kasse gemeldet habe und es sei bereits nach Prüfung des Anspruchs dem Krankenhaus ein Garantieschein über die Pflegekosten von 2 Mk. pro Tag bis zum Ablauf der ersten dreizehn Wochen ausgefertigt. Einigermaßen beruhigt verließ die schwergeprüfte Frau das Bureau, nachdem ihr noch aufgegeben wurde, alle Samstage das für ihre Familie zustehende Krankengeld zu erheben. Frey erklärte der Frau nach einigen Tagen auf ihr Befragen,

Arbeitskraft erforderlich sei, welche an Stelle der bisherigen Schreibhilfen die im Ressort des Verbandskassierers erforderlichen Arbeiten mit verrichten kann. Die bisher auf die Einzelmitglieder entfallenden 4 pSt. des Kassierers, 3 pSt. Bildungsfonds, 8 pSt. der Zahlstelle, in Summa also 15 pSt. der aus den Beiträgen der Einzelmitglieder erzielten Einnahmen, in ungefährender Höhe von 1200 Mk. pro Jahr, fließen dafür der Verbandskasse zu. Bisher wurden Schreibhilfen in der Regel nur dann eingestellt, wenn die zwingendste Notwendigkeit dies forderte. Wenn nun aber eine ständige Hilfskraft dem Verbandskassierer zur Verfügung steht, und dadurch eine Notwendigkeit für ausfallsweise Schreibhilfen nicht mehr vorhanden sein sollte, so dürfte in Rücksicht auf die im Wegfall kommenden Kosten der bisherigen Schreibhilfen, in Verbindung mit der für die Verbandskasse erzielten Mehreinnahme, nicht nur eine Verbesserung, sondern auch eine wesentliche Vereinfachung der Verwaltung möglich sein und die Anhäufung von Arbeiten, wie solche im Januar wieder zu erwarten, in dem bisherigen Maße verhindert werden. Ob die Einrichtung auf die Dauer dem Willen der Mitglieder entspricht, darüber zu entscheiden, ist Sache der nächsten Generalversammlung. Bis dahin läßt sich aber eine bessere, ja nicht einmal eine andere Lösung dieser Frage finden. Vorgeschlagen für diesen Platz wurden die Genossen v. d. Aue und Munk; gewählt wird letzterer per Stimmzettel mit 9 gegen 1 Stimme. Aus praktischen Gründen empfiehlt es sich, daß die Einzelmitglieder bis auf Weiteres ihre Angelegenheiten mit dem Genossen Munk auch fernerhin regeln, so daß hierin eine Aenderung nicht einzutreten braucht. Die Verlesung der Abschlüsse der Hauptkassen pro 3. Quartal cr. wird wegen vorgerückter Zeit vertagt.

G. Wollmann,

Vorsitzender.

S. Schneider,

Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Berlin. Zur Hebung des Handwerks wurden bekanntlich vor einigen Jahren die Handwerkerkammern ins Leben gerufen, die neben vielen anderem unnützen Kram auch die Gesellen- und Meisterprüfungen mit sich brachten. Mit alten, längst der Vergangenheit angehörenden Zaubertränken wollte man den dahin stehenden Greis wieder ein wenig aufpäppeln und ihn auf die Beine bringen. Der Erfolg, den diese Handwerkerrettungsversuche bisher mit sich brachten, war ein von allen Seiten stark bezweifeltes. Das hindert jedoch die modernen Zünftler keinen Augenblick, nach neuen Objekten ihrer nichts einbringenden Galvanisierungskünste zu spähen. So hat plötzlich die hiesige Handwerkerkammer die dringende Notwendigkeit

daß sie zum Abheben des Krankengeldes keinen Schein vom Arzte nötig habe, da ja der Verletzte sich im Krankenhaus befindet. Sie habe allwöchentlich die Hälfte des Krankengeldes zu beanspruchen, das ihrem Ehemann nach den Statuten der Kasse zustehe. An der Hand der Statuten erklärte er der gesehesunkundigen Frau, die zum ersten Male ein Kassenstatut in Händen hatte, daß ihr Ehemann der Ortskrankenkasse in Lohnklasse I angehöre, das Krankengeld 14,40 Mk. pro Woche betrage, sie folglich allwöchentlich 7,20 Mk. Unterstützung von der Kasse erhalte. Eine Wohlthat für die Familie war es dann, daß der Verletzte jahrelang versorglich schon der „Metallarbeiterkrankenkasse“ noch als Mitglied angehörte und aus dieser ihm noch ein Zuschuß zum Krankengeld von 13,80 Mk. pro Woche zustand, so daß der Lohnausfall doch nicht so schmerzlich verspürt wurde.*)

In der Fabrik der Firma Schneidig u. Co. hatte man inzwischen die Anmeldung des „bedauerlichen“ Unfalls, wie der Chef ärgerlich meinte, gemacht, indem man den bewußten gelben Bogen der Polizeibehörde und der Süddeutschen Eisen- und Stahl-

*) Für uns Porzellanarbeiter würde in solchem Falle der Beihilfefonds in Betracht kommen. H. d. A.

erkannt, dem „Porzellanmalerhandwerk“ durch die Einführung von Gesellenprüfungen neues Leben einzublasen. Doch trotz des guten Willens konnte man sich nicht einigen, an welchen Punkten nun angefaßt werden müßte. Das Schema der zünftlerischen Gesellenprüfungsordnung umfaßt nicht weniger als 17 Paragraphen deren einer die Art des Gesellenstückes und ein anderer die notwendigen theoretischen Kenntnisse des Prüflings bestimmen soll. Bei der Porzellanerei hält es jedoch, wie wohl die Kollegen am besten wissen werden, besonders schwer, in dieser Richtung hin irgend eine feste Norm schaffen zu können. Namentlich in Berlin. Hier kommen doch nur einige kleine Privatmalereien in Betracht, in deren kleinsten alles mögliche und noch einiges gemalt wird. Ueberdies verschwinden diese kleine Buden immer mehr von der Bildfläche und vergeudete Zeit würde es sein, diesem „Porzellanmalerhandwerk“ das sich selbst zur Last werdende Leben durch einige Mittel künstlich zu verlängern, bei deren bloßer Andeutung die berufsmäßigen Zünftler in helle Berlegenheit geraten. Lassen wir die Herren in derselben, zu retten gibts ja ohnedies nichts mehr.

Aus Breslau weiß die „Rundschau“ zu melden: Ueber den Geschäftsgang in der nieder-schlesischen Porzellanindustrie ist zu berichten, daß das Exportgeschäft wie alljährlich um diese Zeit ruht. Die amerikanischen Abschlüsse sind noch nicht eingeleitet, und es läßt sich auch nicht übersehen, wie sich dieselben unter dem Einfluß der veränderten amerikanischen Konjunktur gestalten werden. Diejenige Fabriken, die vorwiegend für das Inland beschäftigt sind, hatten während der letzten Zeit noch für Weihnachten lebhaftere Beschäftigung. Im allgemeinen erwartet man, wie schon gemeldet, im Anschluß an die Porzellan-Konvention für die kommende Saison eine günstige Geschäftslage.

Aus Bamberg erhielten wir von dem Herrn Rechtsanwalt Dr. Schmidt folgende Zusendung mit dem Ersuchen um Abdruck: „In der Privatklagesache des Fabrikdirektors Dr. Wilhelm Birkner in Tettau, Privatkläger, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Josef Schmitt in Bamberg gegen den Schriftführer Johann Schneider in Charlottenburg, Privat-

Berufsgenossenschaft in Sektion 6 zu Mainz übersandte. Gar wichtig teilte das „gelegentlich“ der Alte dem Diskutierklub dann mit, um den Beweis zu liefern, daß die Firma damit ihre gesetzliche Pflicht genügt habe. An eine Fortzahlung des Lohnes, wenigstens für die ersten paar Wochen an die Familie des Verletzten, der zwölf Jahre im Betrieb tätig war, war natürlich nicht zu denken. Der Chef, dem noch andere Gedanken im Kopfe herumgingen, sollte einen diesbezüglichen Vorschlag des Prokuristen abgelehnt haben, da die Familie ja jetzt Krankengeld und später ja Unfallrente erhalte; der Betrieb ohnedies durch die „hohen Beiträge zu diesen Kassen genug belastet“ würde.

In der vierten Unfallwoche erklärte Frey dann der Frau des Verletzten, daß sie am kommenden Samstag bei der Kasse Anfrage halten sollte, ob die polizeiliche Anmeldung des Betriebsunfalls dort schon eingetroffen sei, da erst dann die Krankenkasse ihr das erhöhte Krankengeld auf 66²/₃ Prozent des Lohnes der Klasse, in der der Verletzte versichert war, auszahlen dürfe. Nach dem Gesetze müsse ihr vom 29. Unfalltag an das Krankengeld von 7,20 Mk. auf 8 Mk. erhöht werden bis zum Ablauf der ersten dreizehn Wochen. Da die Krankenkasse noch keine Meldung von der Polizei in Händen hatte,

beklagten wegen Beleidigung, hat das Schöffengericht am 1. Amtsgerichte Ludwigstadt am 2. Dezember 1903 folgendes Urteil erlassen: „I. Johann Schneider, geb. 7. Mai 1865 verheirateter Porzellan dreher, z. St. Verbandschriftführer in Charlottenburg ist schuldig eines fortgesetzten Vergehens der öffentlich begangenen Beleidigung und wird hiemegen zur Geldstrafe von fünfzehn Mark, für den Fall deren Ueinbringlichkeit zur Gefängnisstrafe von drei Tagen, sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens und Strafvollzuges verurteilt. II. Dem Beleidigten Dr. Wilhelm Birkner wird die Befugnis zugesprochen, den verfügenden Teil dieses Urteils binnen 14 Tagen nach Zustellung der Urteilsausfertigung auf Kosten des Verurteilten durch einmalige Einrückung in die „Ameise“, in den „Fränkischen Wald“ öffentlich bekannt zu machen, dergleichen den verfügenden Teil des Urteils auf Kosten des Verurteilten eine Woche lang an die Gemeindefasel in Tettau anzuschlagen. III. Die noch vorhandenen Exemplare der „Ameise“ werden der Einziehung und Vernichtung unterstellt.“

Offenbach. Daß übertriebene Schneidigkeit und blinde Draufgeheri auf die Arbeiter nicht immer gut tut und für den Unternehmer vorteilhaft ist, dürfte auch Herr Diegel erfahren haben, der unmittelbar vor Weihnachten 25 unserer Verbandsmitglieder auf die Straße setzte. Der Schlag, der eine ganz bedeutende Lohnreduzierung einleiten sollte, ging fehl. Von den außer Brot gezehten Kollegen sind nur noch 5 am Orte und arbeitslos, und auch diese werden anderweitig unterkommen. Weniger rosig sieht jedoch für Herrn Diegel die Sache aus. Trotz der Annoncen in den Unternehmerblättern fanden sich nur wenige Arbeitswillige und das solche, die vordem zum Teil wegen mangelhafter Arbeit entlassen worden waren. Auch von den Organisierten fielen zwei ab. Der eine dieser Arbeitswilligen mit Namen Schiefner war ehemals auch in Selb tätig, während der zweite, Namens Scholz, schon früher in Frankfurt a. D. und in Annaburg in Arbeitswilligkeit machte. Bei diesem Menschen handelt es sich also um einen Rückfall, der noch umso schwerer in die Waagschale fällt, als Scholz von dem

so schrieb diese auf Wunsch der Frau an diese Behörde, so daß ihr dann bei der nächsten Krankengeldauszahlung das erhöhte Krankengeld ausbezahlt werden konnte.

So verstrichen zehn volle Wochen, bis der Familie aus dem Krankenhaus die Botschaft wurde, daß der Verunglückte in den nächsten Tagen wieder das Bett auf mehrere Stunden am Tage verlassen könnte. Beim nächsten Besuch fanden die Kinder den Vater schwach und bleich vor, wie er sich abmühte an Krücken den Krankensaal zu durchwandern. Langsam besserte sich der Zustand des Verunglückten, so daß er, voll Sehnsucht nach seinem Familienleben, Heim etc. in der zwölften Unfallwoche an den Oberarzt die Bitte richtete, doch nach Hause entlassen zu werden. Nach längerem Sträuben erhielt er dann endlich drei Tage später die Erlaubnis aus dem Spital zu „gehen“ und holte ihn auf Wunsch der Frau ein Wagen ab, nachdem ihm ein Entlassungsschein mit dem Vermerk: „Ungeheilt, auf Wunsch entlassen“ eingehändigt worden war. Frey war sofort wieder zur Hand, da, wie er bemerkte, jetzt der Verletzte seine Hilfe am nötigsten habe. Auf seinen Rat bestellte Frau Kober den zunächst wohnenden Kassenarzt Dr. Flink, der den Verunglückten nach erfolgter Untersuchung ebenfalls noch für vollständig er-

Verband das Reisegeld nach Straßburg annahm und dann nach einiger Zeit doch in die Werkstatt D.'s zurückkehrte. — Jedenfalls wird die D.'sche Firma mit dem jetzigen spärlichen Arbeiterpersonal nicht das frühere, weder in der Güte noch Fülle der Arbeit ersetzen können. Und wenn die organisierten Kollegen nach wie vor diese Malerei meiden, dann wird Herr D. nur zu bald in die Lage kommen, seinen Vorstoß gegen die Organisation mit 10 000 Mk. zu bezahlen, auf die es dem Herrn ja von vornherein „gar nicht ankam“!

Schlierbach. Die Lage ist unverändert. Die Arbeitswilligen ziehen in immer geringerer Anzahl zu und Mädchen müssen vielfach die männlichen Arbeiter ersetzen. Die Ausständigen stehen fest und halten die Lage für äußerst günstig.

In Tettau fand vor wenigen Tagen wiederum eine Unterhandlung der ausgesperrten Kollegen mit Dr. Birner statt. Gleich im vornherein sei bemerkt, daß auch diese Unterredung ergebnislos war. Ganz abgesehen davon, daß Dr. B. noch immer der irrigen Auffassung ist, wir hätten ihm den Kampf aufgezwungen, gilt ihm die Zerstörung der Organisation noch ferner als die Hauptsache. Zwar verneint Dr. B. nicht mehr ganz die Möglichkeit eines Friedensschlusses mit uns, doch scheint ihm auch dieser nur möglich unter Bedingungen, die für uns unannehmbar sind, nämlich daß Herr Dr. B. eventuell nur noch Verbändler, die nicht aus Tettau sind, beschäftigen will. Doch lassen wir einmal einstweilen diese ja gegebenen Falles noch zu regelnden Fragen außer Betracht! Was bleibt unter all' den Weigerungen B.'s übrig? Die Notwendigkeit, daß Dr. B. Arbeiter braucht. Das wird auch von jener Seite unverhohlen zugegeben. Die Messe naht, Muster müssen hergestellt und Bestellungen angenommen werden. Dafür sind erprobte Arbeiter nötig. Durch Annoncen zc. sind diese nicht zu haben. Trotz der langen Dauer der Aussperrung arbeiten zur Zeit nur gegen 183 Personen in der tettauer Fabrik: 51 gelernte männliche, 17 ungelernete Arbeiter, 35 Lehrlinge, 75 Mädchen und 5 Heimarbeiter. Die besseren Sachen werden einstweilen fast gar nicht fabriziert; in der Wappenmalerei sind außer einigen Lehrlingen

werbsunfähig befand und Verhaltensmaßregeln gab. Frey erbat sich von diesem Arzte ein kurzes Attest über den Befund und schrieb dann für den Verunglückten folgenden Brief:

F. d. 14. März 02.

„An die Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft zu Mainz.

Unfallsache: Friedrich Rober, Maschinist.

Der Unterzeichnete ist am 18. Dezember 1901 im Betrieb der Firma Schneidig u. Co., Maschinenfabrik dahier, schwer verunglückt. Am 13. März 1902 wurde ich aus dem Städtischen Krankenhaus dahier entlassen und bin ich, wie das beigefügte Attest meines bezüglichen behandelnden Kassenarztes, Herrn Dr. Flinck, beweist, noch vollständig erwerbsunfähig. Ich habe eine Familie von Frau und fünf Kindern im Alter von 2 Jahren, 4 Jahren, 6 Jahren, 7 $\frac{1}{2}$ und 9 Jahren zu ernähren und ersuche deshalb, der zugehörigen Ortskrankenkasse, die nächste Woche die Auszahlung des Krankengeldes einstellen wird, das Heilverfahren über die 13. Unfallwoche hinaus zu übertragen. Baldgefälligen Bescheid erwartet

Hochachtungsvoll

Friedrich Rober, Bergstraße 114 IV.“

und Mädchen 5 ungarische Arbeitswillige anstatt der 20 Maler von ehemals tätig. So steht es in der Fabrik, die vor dem Beginn des Kampfes 404 Arbeiter zählte, aus. — Herr Dr. B. rechnet allem Anschein nach so, daß uns unsere gegenwärtige Lage zum baldigen Frieden drängen müsse. Man glaubt Tettau und Schlierbach seien uns zu viel. Diese Annahme ist unberechtigt. Weder Schlierbach noch ein weiterer neuer Kampf könnte uns zum freien Verzichtleisten unserer Rechte in Tettau bewegen. Was dort von uns noch jetzt verlangt wird, ist die Aufgabe unseres Verbandes. Damit fallen alle unsere Mittel, uns jemals in der Zukunft einen Anspruch zu sichern. Herr Dr. B. sollte bedenken, daß die von ihm gestellte Forderung für uns sein oder nicht sein bedeutet. Wie können wir da nachgeben? So mag denn der Kampf weiter gehen. Unsere kämpfenden Kollegen sind guten Mutes und hoffen auch fernerhin auf die lebhafteste Unterstützung der übrigen Kollegen, dann wird wohl Herr Dr. B. mit der Zeit seine Wünsche noch ein wenig einschränken müssen.

Die Arbeitslosigkeit unter unseren organisierten Kollegen hielt sich auch im letzten Quartal des Vorjahres im Verhältnis zu unserer Mitgliederzahl der im 3. Quartal entsprechend. So stieg, den letzten Ergebnissen nach, die Mitgliederzahl von 8314 auf 8613; die Kollegen zählten um 278, die Kolleginnen um 11 mehr. Im 4. Quartal wurden 301 am Orte befindliche arbeitslose Kollegen gezählt, von denen 199 (190 männliche und 9 weibliche) während 3885 Tage mit 7818 Mark unterstützt wurden, während im vorhergehenden Vierteljahr nur über 259 Kollegen, von denen 168 Kollegen und 2 Kolleginnen für 3337 Tage 7444,29 Mark erhielten, berichtet wurde. An Reiseunterstützung wurden für den letzten Zeitabschnitt an 127 Kollegen für 343 Tage 654 Mk. ausgegeben, denen 823,21 Mk. gegenüber stehen, die für 401 Reisetage an 149 Kollegen im 3. Quartal ausgezahlt wurden.

Nach **Brasilien** werden durch eine auffällige Anzeige in der Rundschau Dreher und Maler gesucht. Es handelt sich um die Firma Zaccarias u. Co., die in Villa Colombo eine Steingutfabrik besitzt, mit deren Zustände wir uns schon mehr wie einmal be-

So unterzeichnet schickte Rober das Schreiben gleich an die Berufsgenossenschaft ab; bei der nächsten Krankengeldzahlung erfuhr aber seine Frau, daß die Kasse noch keine Anweisung von der Berufsgenossenschaft erhalten habe. Wieder schrieb Frey einen Brief, dann eine Postkarte mit dem Inhalt, doch dem Verletzten einen Rentenvorschuß anzuweisen, wenn die Ermittlungen über den Unfall noch nicht beendet seien, da doch die Familie ohne Krankengeld jetzt dastehe und Not leide. Nach weiteren 8 Tagen kam ein Vorschuß von 30 Mk., der auf der Post erhoben werden konnte, wie es auf dem Scheine hieß. Nachdem die zweite Postkarte abgegangen war, kam endlich der ersuchte Rentenbescheid, oder wie Frey den Verunglückten nach angestellten Ermittlungen der Jahresarbeitsverdienst des Verletzten, der mehr als ein Jahr im Betrieb der Firma Schneidig u. Co. beschäftigt gewesen sei, in Summa 1460 Mk. betragen habe und würde ihm ab 14. Unfallwoche die Vollrente gleich 973,34 Mk. pro Jahr oder 81,12 Mk. pro Monat gewährt. Einwendungen gegen diesen Bescheid konnten innerhalb acht Tagen bei der unteren Verwaltungsbehörde erhoben werden. Frey rechnete nun mit dem Verunglückten an der Hand der Lohnzettel, die

schäftigen mußten. So wurden uns ja erst vor kurzem in einer längeren Zuschrift die unhaltbaren Verhältnisse geschildert, in denen sich die dortigen Kollegen befinden. Man kann es sich ja auch ohne weiteres denken, wie mit den Arbeitern, die dort nur auf die eine Fabrik angewiesen sind, umgegangen wird. Erst einmal drüben, wird wohl so manches anders aussehen, als es jetzt von der Firma in der Annonce geschildert wird. So werden jetzt Akkordwochenlöhne von ganzen 30 Mk. garantiert! Angenommen, diese Angaben treffen zu; was wollen trotzdem in einem Lande, wo außer einigen Nahrungsmitteln alle anderen Bedürfnisse erheblich teurer sind, solche Verdienste besagen? Um 30 Mk. sollen Arbeiter eine fünfwöchige Reise antreten, hinter sich alle Brücken abbrechen, das letzte Hab und Gut in der Heimat vielleicht verkaufen um dann in dem fernen Brasilien dennoch einer höchst unsicheren Zukunft entgegen zu sehen? Es wurde uns auch seiner Zeit gemeldet, daß die dortigen Kollegen in mehr wie einer Hinsicht zu klagen haben. Differenzen sind mehrfach vorgekommen. Soll die nun angekündigte Erweiterung des Betriebes schließlich nur dazu dienen, um neue Arbeitskräfte heran zu ziehen, um dann die alten „widerspenstigen“ Arbeiter ohne Federlesen entlassen zu können? — Wir meinen, unter den Bedingungen geht schon lange kein denkender Kollege nach Brasilien.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* In Grimmitzschau dauert der Kampf noch ungeschwächt an. Seitens der sächsischen Regierung war ein Beamter zur Einleitung von Einigungs-Verhandlungen nach Grimmitzschau geschickt. Die Diskussion war erfolglos; denn die Leitung der Aussperrten berichtet über die Einigungsverhandlungen wie folgt: „Trotz der für die Arbeiter unbedingt günstigen Situation, ist von uns noch nie ein Einigungsversuch abgelehnt worden, und dies beweist wohl besser als alles andre, von wo die Machtfrage ausgeht. Wir waren auch jetzt bereit, als der Regierungsrat Roscher Einigungsversuche unternahm, die Hand zum Frieden zu bieten. Die Einigungsversuche des Regierungsrats Roscher scheiterten aber an dem Widerstand der Fabrikanten.“

die sorgsame Frau aufgehoben hatte, den Verdienst nach und kamen beide zu dem Resultat, daß der Lohn um 24 Mk. zu niedrig angelegt war. Da ja die Lohnfestsetzung das wichtigste war, so mußte sich Frau Rober eine Bescheinigung holen, daß der letzte Jahreslohn ihres Mannes 1484 Mk. betragen habe. Frey teilte dies der Berufsgenossenschaft mit, damit der zweite Bescheid darauf Bezug nehmen könne, bereute aber gar bald den Schritt, da dadurch die Erteilung des zweiten Bescheids verzögert wurde. Glücklicher Weise erkannte aber die Berufsgenossenschaft den erhobenen Anspruch an, nachdem die angefragte Firma ihren „Irrtum“ berichtigt hatte. Der zweite Bescheid, der den Schlußsatz hatte, daß hiergegen innerhalb der Frist von einem Monat nach der Zustellung gerechnet, Berufung eingelegt werden könnte, enthielt die richtige Lohnsumme von 1484 Mk. und dem entsprechend erhöhte Rente von 82,45 Mk. pro Monat. Berechnet war die Rente von der 14. Woche an und die erhaltenen 30 Mk. Vorschuß waren in Abzug gebracht. Frey füllte nun auf Wunsch des Verunglückten, der sich auch gar nicht in dem Zahlenwerk zurecht finden konnte, wie er bemerkte, die ersten zwei Rentenscheine aus. Der erste

Währenddessen verschlechtert sich die Lage für die Fabrikanten immer weiter und der „Konfessionär“, ein Unternehmerblatt erster Güte, schreibt: „Die Wunden, die der Streik der crimmitschauer Fabrikation schlägt, sind ungeheuer und sicherlich zum Teil unheilbar. Die Frühjahrs- und Sommersaison scheint, wenn der Streik nicht bald beendet ist, rettungslos für Crimmitschau verloren, — und damit wieder viele Millionen Mark. Die Kunden der crimmitschauer Fabrikanten müssen sich jetzt notgedrungen nach andren Lieferanten umsehen. Die Konkurrenz Crimmitschaus erstarrt gewaltig, und Fabrikplätze, die dafür eingerichtet sind, nehmen crimmitschauer Fabrikate auf, andre Fabrikplätze richten sich eigens für diese ein. In eine sehr prekäre Lage sind die Abnehmer der crimmitschauer Spinnereien verlegt, die sich kaum die benötigten Garne von andrer Seite verschaffen können. Diejenigen Spinnereien, die für Crimmitschau einzuspringen im Stande sind, sind übervoll beschäftigt, können aber nicht den erforderlichen Bedarf decken. Es werden daher Neugründungen von Spinnereien geplant und auch schon ausgeführt. In der Nähe von M.-Glabbach ist bereits zur Erbauung einer neuen Spinnerei von Bigogne-Garnen ein sehr großes Terrain erworben. So gehen den Crimmitschauern immer mehr mühsam errungene Absatzgebiete verloren. Die baldige Beendigung des Streiks ist dringend zu wünschen, — aber wer wird nachgeben?“ — Nachzugeben haben, wie die obige Meldung besagt, nur die Arbeitgeber.

* Für unsere österreichischen organisierten Kollegen beruft der österreichische Verbandsvorstand den II. ordentlichen Verbandstag, an dem 18 Delegierte aus 17 Wahlabteilungen teil nehmen, zum 25. 26. eventuell 27. März nach Fischern ein. Die einstweilig vom Vorstand festgesetzte Tagesordnung lautet: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten, der Mandatsprüfungskommission und Feststellung der Präsenzliste. 2. Situations- und Rechenschaftsbericht. 3. Bericht der Kontrollkommission. 4. Presse. 5. Organisation und Agitation. 6. Beschlussfassung a) über die Höhe der von den Mitgliedern zu leistenden Beiträge, sowie über die an dieselben zu gewährenden Unterstützungen, mit Ausnahme der im § 2, lit. b, c und e

Schein enthielt die Restsumme der Rente bis 30. April 1902, der zweite Schein die Rente für den Monat Mai, die nach dem Gesetz ja im Voraus bezahlt wird. Auf Anweisung Freys humpelte dann der Verunglückte auf das zuständige Polizeirevier seines Bezirkes und ließ sich da die Unterschrift beglaubigen und erhob dann am Tage darauf das Geld auf der Post.

Mitte Mai ließ Kober schon Frey bitten, doch einmal zu ihm zu kommen, da schon wieder ein „neuer Bescheid“ von der „Unfall“ da sei. Das Schriftstück enthielt bloß die Weisung, nächster Tage vormittags 10 bis 11 Uhr bei dem Kreisarzt Dr. Pfiffig sich vorzustellen. Frey belehrte den geängstigten Verunglückten, daß er dieser Weisung Folge leisten müsse und dieser sich ja von der völligen Erwerbsunfähigkeit überzeugen würde. Im Wartezimmer dieses Gewaltigen fand Kober noch sechs Verunglückte, die alle der Entscheidung harren. Unfreundlich empfangen, im halberwärmten Zimmer entleidet stehend, mußte Kober endlich die „peinliche Untersuchung“ über sich ergehen lassen. Nach fünf Minuten konnte er „abtreten“ und ohne Resultat nach Hause wandern. Nach weiteren vierzehn Tagen erhielt er dann den Bescheid, daß er auf Anraten des Kreisarztes sich in

angeführten; b) über die Durchführung der im § 2 angeführten Punkte. 7. Beschlussfassung über Änderungen der Geschäftsordnung. 8. Wahl des Vorstandes (Obmann und der beiden Obmannstellvertreter einzeln) und der Kontrollkommission: Wahl des Schiedsgerichtes und Wahl des Redakteurs. 9. Anträge und Anfragen, die bei obigen Punkten nicht erledigt werden konnten.

* Der belgische Gewerkschaftskongreß. Während der Weihnachtsfeierlage wurde im Volkshaus zu Brüssel der Jahreskongreß der belgischen Gewerkschaften abgehalten. Die enge Verbindung, welche in Belgien zwischen Gewerkschaft und Partei herrscht, bringt es mit sich, daß auf den Gewerkschaftskongressen die sozialistische Kammerfraktion in der Regel ziemlich stark vertreten ist. Das war auch diesmal der Fall, denn es waren 16 sozialistische Deputierte anwesend; auch der Arbeitsminister ließ sich durch einen Beamten seines Ressorts vertreten. Die Zahl der Delegierten betrug 168 für 118 Gewerkschaftsgruppen. Genosse Kämpelberg gab den Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission (gleichbedeutend mit der deutschen Generalkommission). — Aus demselben ist zu ersehen, daß diese im vergangenen Jahre eifrig gearbeitet hat, um neue Gewerkschaftsgruppen zu gründen und die bestehenden zu Verbänden zusammenzuschließen. Die Kommission schuf in diesem Jahre ein „Korrespondenzblatt“ nach dem Muster des Organs der deutschen Generalkommission; außerdem wurden eine Reihe gewerkschaftlicher Agitationsbroschüren herausgegeben. Ferner sind mehrere Enquêtes über die Lage der Arbeiter in verschiedenen Berufen sowie über Akkordarbeit vorgenommen worden. Nach längerer Diskussion werden die Thesen des Genossen Dtors angenommen, in welchen das „Korrespondenzblatt“ zum offiziellen Organ der belgischen Gewerkschaften bestimmt wird; die Vorstände der Gewerkschaften werden zum Abonnement auf das „Korrespondenzblatt“ verpflichtet. Schließlich wird einem Antrag zugestimmt, durch welchen der Anschluß der Gewerkschaften an die Gewerkschaftskommission obligatorisch gemacht wird.

Samyn referiert über die Verkürzung der Arbeitszeit. Er behandelt die verschiedenen Gesetzesvorlagen, welche seitens der sozialisti-

die Heilanstalt des Dr. Fertig nach G. zu begeben habe, da eine mediko-mechanische Behandlung des verletzten Rückgrats zc. dringend nötig wäre. Während dieser Heilbehandlung stürben der Ehefrau und jedem Kinde unter 15 Jahre 20 pCt. Rente, zusammen 60 pCt. des Jahresarbeitsverdienstes an Rente zu, die demnächst zur Auszahlung gelangte, ebenso das Reisegeld zc. Während über diese unerwartete Eröffnung hatte Kober schon einen ablehnenden Bescheid an die Berufsgenossenschaft aufgesetzt, den jedoch Frey mit dem Bemerkten zurückhielt, daß nach dem Gesetz leider der Berufsgenossenschaft das Recht zustehet, solche Einweisungen vorzunehmen. Auch ihm sei wohlbekannt, daß derartige Heilanstalten den Namen „Rentenquetschen“ im Volksmund führten, doch müsse Kober dem Rufe Folge leisten, wenn er nicht die Rente entzogen haben wollte, da er ja gegen die Anstalt selbst keine bestimmten und durchschlagenden Ablehnungsgründe habe. Kober folgte endlich nach langem Zureden dem wohlgemeinten Rate des Freundes und reiste ab, nachdem er auf besonderen Wunsch Freys sich vorsichtshalber von dem ihm seither behandelnden Rassenarzt Dr. Flink nochmals eingehend untersuchen ließ, weil doch sicher durch die Anstaltsbehandlung eine „zu große

sehen Fraktion der Kammer unterbreitet, von der clerikalen Mehrheit aber zu Fall gebracht wurden. Der Redner erinnert an die Petition der genter Gewerkschaften, die im Jahre 1902 von der Gesetzgebung forderten, daß die gesetzliche Maximal-Arbeitszeit vom Juni 1903 an pro Woche 65 Stunden, von 1905 an 63 Stunden und von 1907 ab 60 Stunden pro Woche betragen dürfe. Wandervelde schildert die parlamentarischen Kämpfe, welche in der belgischen Kammer stets, selbst um die geringsten Forderungen zu Gunsten der Arbeiter nötig seien. Handelt es sich um Gesetze zum Nutzen der Kapitalisten, so arbeite das Parlament schnell, während die Arbeiterfragen stets auf lange Zeit verschleppt werden. Nach längerer Diskussion werden einer Reihe vom Referenten und den Genossen Wandervelde und Anseele formulierter Sätze zugestimmt, in welchen die Mittel und Wege zur Erreichung der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit niedergelegt sind. Danach sollen vom 1. März bis 1. Mai n. J. überall in Belgien Massenversammlungen zu diesem speziellen Zweck abgehalten werden; durch eine Broschüre soll ferner die Wirkung der Ueberarbeit auf Erwachsene und Kinder dargelegt werden; in den Parteiblättern ist eine ständige Rubrik dafür einzurichten; große Demonstration am 1. Mai; Massenpetitionen an die Kammer; Umfragen über die Wirkung der langen Arbeitszeit bei Ärzten, Wissenschaftlern und Arbeitern.

Hieran schließt sich ein Referat Haesendoncks über das gesetzliche Lohnminimum. Der Referent empfiehlt dem Kongreß eine Resolution zur Annahme, in der es heißt, daß ohne Unterlaß und mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln für die Herbeiführung eines gerechten und ausreichenden Lohnminimums für die Arbeiter aller Berufe zu wirken sei. Die Resolution wird angenommen, jedoch mit einem Zusatz Wanderveldes, wonach dieselbe zu gründlichem Studium an die Gewerkschaftskommission und den Parteivorstand verwiesen wird.

Zu dem Punkt „Internationaler Kongreß von Amsterdam“ wird eine Resolution des Genossen Serwy angenommen, durch welche die Gewerkschaften zu möglichst zahlreicher Beteiligung an diesem Kongreß aufgefordert

Besserung“ seines Körperzustandes erzielt werden würde.

In der „berühmten“ Anstalt glücklich angekommen, wurde Kober genau untersucht, gemessen und gewogen. Anfangs hatte er auch über das Essen zu klagen, bis er auf brieflichen Rat Freys sich das Herz nahm, Ehearzt und Besitzer der Anstalt Vorhalt darüber zu machen. Aber wie das Essen besser wurde, wurde auch die Kur immer schlimmer, für den Verletzten, der bald alle elektrisch betriebenen Maschinen der Reihe nach „besetzt“ hatte. Mancher Schmerzschrei entfuhr seinen Lippen, als die jungen Assistenten es gar zu arg trieben und manchmal war er nahe daran, der Dual durch das vorzeitige Verlassen der Anstalt ein Ende zu machen. Doch der Rat Freys, an die Zukunft seiner armen Familie zu denken, die ohne Rente der bittersten Not preisgegeben wäre, hieß ihn aushalten, bis die Stunde der Erlösung schlug. Von einer Besserung spürte Kober nichts und doch eilte er freudiger der Heimat zu. Hier mußte er erfahren, daß Frey noch zweimal an die Berufsgenossenschaft schreiben mußte, bis der Familie die 60 pCt. Rente gleich 89,04 Mk. pro Monat gewährt wurden.

werden; die Gewerkschaftskommission ist verpflichtet, einen Delegierten zu entsenden.

Ueber „Rechte und Pflichten der Angestellten in den sozialistischen Genossenschaften“ referiert Genosse Adamy. Er unterbreitet dem Kongress eine Reihe Bestimmungen, welche die Rechte und Pflichten der Angestellten festlegen. Dieselben werden vom Kongress unter der Voraussetzung angenommen, daß auch der nächste Genossenschaftskongress diesem zustimmt; trifft diese Voraussetzung nicht ein, so soll die Frage dem Parteivorstand zur Entscheidung überwiesen werden.

Declercq referiert über die Arbeitslosen-Unterstützung. Er empfiehlt den Gewerkschaften Fonds zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder anzusammeln; kleine Gewerkschaften, welche allein zu schwach sind, größere Fonds zu sammeln, sollen sich zu diesem Zweck mit andren Gewerkschaften verbinden.

Es folgt sodann ein Referat Huberts über die Gewerbegerichte. Der Referent stellt folgende Forderungen auf: Alle Unternehmer sowie die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Berufe von über 21 Jahren, welche im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sich befinden, haben das aktive Wahlrecht zu den Gewerbegerichten; das passive Wahlrecht ist allen Unternehmern, Arbeitern und Arbeiterinnen im Alter von 25 Jahren zu geben, sofern sie lesen und schreiben können. Den Thesen des Referenten wird zugestimmt.

Sodann gelangt eine Resolution zur Annahme, in welcher die Regierung aufgefordert wird, ein gesetzliches Verbot der Anwendung von Bleiweiß zu erlassen. Bis dahin sollen die sozialistischen Gemeindevorsteher dahin wirken, daß die Anwendung von Bleiweiß bei den öffentlichen Arbeiten der Gemeinde unterbunden werde.

Nach einer Diskussion über den Artikel 310 des Strafgesetzbuches (der dem § 153 des deutschen Gesetzbuches entspricht) wird einer Resolution zugestimmt, in welcher die Aufhebung dieses Artikels gefordert wird. Nachdem der Genosse Dctors an den Kampf der crimmischauer Weber um den Zehnstunden-tag erinnert und die Delegierten aufgefordert hat, für dieselben Geldsammlungen zu eröffnen, da die deutschen Arbeiter den belgischen stets zu Hilfe gekommen, wird der Kongress geschlossen.

Vermischtes.

— Aus Limoges übermittelt uns Genosse Tillet, Sekretär der Federation, die besten Neujahrswünsche und den brüderlichen internationalen Gruß der französischen organisierten Kollegen. Wir entsprechen wohl nur dem Wunsche unserer gesamten Genossen, wenn wir den Kollegen in Frankreich für ihre Wünsche und Grüße bestens danken und unsererseits den französischen Genossen mit gleicher Herzlichkeit entgegen treten!

— Zum bevorstehenden Krankenkassenkongress wird uns mitgeteilt: An vielen Orten Deutschlands sind Differenzen zwischen den Ärzten und den Krankenkassen wegen Einführung der freien Arztwahl und höherer Honorierung ausgebrochen und vielerorts steht solches leider noch bevor. Dem geschlossenen Vorgehen der Ärzte soll nunmehr ein solches der Krankenkassen entgegen gesetzt werden. Die Centrale für das deutsche Krankenkassenwesen in Berlin und die geschäftsführende Kasse des deutschen Ortskrankenkassenverbandes haben gemeinsam für den 25. Januar 1904 einen allgemeinen Krankenkassenkongress nach Leipzig einberufen, der am genannten Tage vormittags 9 Uhr im

Ettablissement „Samsouci“ eröffnet werden soll. Als einziger Gegenstand der Beratung ist angelegt: „Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Ärzte.“ Zu diesem Kongress sind Vertreter aller Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-, Knappschafts- und freien Hilfskassen Deutschlands geladen, auch Krankenkassenverbände und Vereinigungen sind zugelassen. Die große Wichtigkeit der Tagesordnung dürfte dem Kongress eine allseitige Beteiligung sichern.

— Arbeiterelend und Klassenjustiz. Der deutsche Bergarbeiter-Ztg. wird berichtet: Vor drei Monaten vergriff sich im Strauer Hauptschacht der Bergarbeiter Rudol an dem Ingenieur Nowak. Welche Gründe den Rudol zu seiner Tat leiteten wurde jetzt in der Gerichtsverhandlung festgestellt: „Der Angeklagte Rudol gibt an, er sei seit zwanzig Jahren, nämlich seit seinem zwölften Lebensjahre, Bergmann und arbeite schon elf Jahre lang auf dem Hauptschacht. Er ist Vater von drei Kindern. In der letzten Zeit hat er große Not gelitten, da sein Verdienst nicht für seine Familie ausreichte. Mitte Juli nahm er einen Vorschuß, der ihm am 1. August ganz abgezogen wurde, so daß er bei der Lohnzahlung keinen Kreuzer erhielt. Ein Vorschuß wurde ihm vom Ingenieur verweigert, der auch durch die Gebührensrechnung an seinem geringen Verdienst schuld sei. Er habe sich deshalb an ihm rächen wollen. Als damals der Ingenieur in die Grube kam, klagte er ihm seine Not und bat um einen Vorschuß. Er sagte ihm, er müsse sich umbringen, wenn er keinen Vorschuß bekomme, weil er nichts zu essen habe. Darauf sagte ihm der Ingenieur: So hänge dich auf! Darauf sei er in Zorn geraten, habe den Ingenieur gepackt, ihn zu Boden geworfen und mit der Haue geschlagen. Der Gerichtshof verurteilte Rudol zu anderthalb Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Fasttag monatlich, sowie zur Zahlung eines Schmerzensgeldes von 5000 Kronen an Nowak. — „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann übergebt ihr ihn der Pein.“

Versammlungsberichte etc.

t. Konferenz des 11. Agitationsbezirks (Vorort Kahla). Am 22. November v. J. hielten die Vertrauensmänner des oben genannten Bezirks ihre diesjährige Herbstkonferenz im Gasthof zu Burgau bei Göschwitz ab. Die Sitzung wurde um 2 Uhr eröffnet. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über den Stand der Zahlstellen. 2. Bericht über die Agitation der Zahlstellen. 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 berichtet der Vorsitzende über die A.-G. Kahla: Bei sämtlichen Malern in Kahla bis auf die unten angeführten Malereien ist das Licht frei, das Geschirr ist teils zu holen, teils mit fortzutragen. Gekehrt wird 3 bis 5 mal in der Woche, die Fenster werden 2 bis 3 mal im Jahr gepuzt und eine Waschvorrichtung ist bloß in der Wiesenmühle vorhanden, Trinkwasser gibt es ebenfalls. Das Gold kostet pro 10 Gramm 6 Mk. In den kleineren Malereien, Malerei Frank, ist das Licht nicht frei, Geschirr muß selbst geholt werden, geschauert wird selten und gekehrt 3 mal in der Woche. Die Fenster werden Feiertags gepuzt und eine Waschvorrichtung ist nicht vorhanden.

Malerei Julius Lange: Licht nicht frei, ist aber die einzige Malerei, wo Gold und Farbe frei sind. Jede Woche wird gekehrt und geschauert, Waschgelegenheit ist vorhanden.

Malerei Heinze: Licht nicht frei, Gold und Farbe muß jeder selbst kaufen. Gekehrt wird 1 mal, Fenster gepuzt und geschauert Feiertags, Waschvorrichtung ist vorhanden.

Dreherei A.-G. Kahla: Masseschlaggeld wird nicht bezahlt. Die Masse wird durch die Maschine gepreßt und muß nachgeschlagen werden. Zum Formentragen ist teils ein Mann angestellt, teils tragen Lehrburschen dieselben und werden diese dafür entschädigt. An Lichtgeld werden 15 Pf. die Woche erhoben. Gekehrt wird alle Tage, geschauert äußerst selten und die Fenster Feiertags gepuzt.

Firma Lehmann u. Sohn: Für Masseschlaggeld werden von der Mark 3 Pf. abgezogen. Zum Formentragen ist ein Mann angestellt. Das Licht kostet 15 Pf. die Woche, gekehrt wird alle 2 Tage, geschauert überhaupt nicht und die Fenster muß jeder selbst puzen.

Zahlstelle Rudolstadt: Bei sämtlichen Malern ist das Licht frei, das Geschirr müssen die Maler selbst holen und auch forttragen. Gold und Farbe muß gekauft werden, Gold 10 Gramm = 6 Mk. Bei sämtlichen Drehern, Gießern und Formern wird Masseschlaggeld nicht bezahlt, die Formen werden durch Tagelöhner getragen, das Licht ist frei, gekehrt wird alle Tage, geschauert 2 mal in der Woche und die Fenster werden 2 mal im Jahr gepuzt.

Zahlstelle Schwarza: Bei sämtlichen Malern ist das Licht frei, das Geschirr müssen die Maler selbst holen und auch forttragen. Gold kosten 10 Gramm 7—7,20 Mk., Massivgold 2,80 Mk. pro Gramm. Gefegt und geschauert wird 1 mal, das Fensterpußen geschieht nach Bedarf. Bei den Drehern wird Masseschlaggeld nicht bezahlt. Ein Formträger ist vom Geschäft angestellt. Das Licht ist frei, gefegt wird 2 mal wöchentlich, geschauert alle 14 Tage.

Zahlstelle Uhlstädt. Dreherei: Die unentgeltlich gelieferte Masse wird durch die Maschine gepreßt und durch den Fahrstuhl befördert. Das Formentragen geschieht durch einen Mann. An Lichtgeld werden 12 Pf. die Woche entrichtet. In der Malerei müssen die Maler das Geschirr an den Platz tragen. Vom Gold kosten 10 Gramm 5 Mk., Silber 3,50 Mk.; geschauert wird in der Malerei 5 mal im Jahr, in der Dreherei nicht.

Zahlstelle Blankenhain. Malerei Trenbal u. Triebner: Lichtgeld wird gewährt, Geschirr wird teilweise zugetragen, zumeist muß es der Maler selbst holen, zur Schmelze wird es abgeholt; Gold und Farbe werden gekauft, Gold 10 Gramm 5,50 Mk. Geschauert wird wöchentlich 1 mal, die Fenster werden regelmäßig 2 mal jährlich gepuzt. Dreherei: Masseschlaggeld wird nicht bezahlt, die Formen werden zugetragen, Lichtgeld wird nicht bezahlt, gefegt wird 3 mal, geschauert nicht, die Fenster werden wöchentlich gepuzt. Malerei Fasold u. Eichel: Lichtgeld wird nicht bezahlt, Geschirr muß der Maler selbst holen, zur Schmelze wird es abgeholt. Gold und Farbe werden gekauft, Gold 10 Gramm 7,80 Mk.; gefegt wird wöchentlich 2 mal und jährlich 2 mal geschauert, Fenster werden nicht gepuzt. Dreherei Fasold u. Eichel: Masseschlaggeld wird nicht bezahlt, die Formen werden zugetragen, bei den Maschinenarbeitern besorgen es die Hilfsarbeiter. Lichtgeld wird nicht bezahlt, gefegt wird 3 mal wöchentlich, geschauert nicht. Die Fenster werden nach Bedarf gepuzt.

Zahlstelle Burgau. Dreherei: Masseschlaggeld wird nicht bezahlt, die Formen

werden von Lehrburschen getragen; Nicht ist frei. Malerei: Das Geschirr wird zum und vom Platz getragen. Farbe wird nicht bezahlt, Gold gibt es nicht. Gefegt wird die Woche 2 mal, geschleuert 2 mal monatlich.

Zum Punkt Verschiedenes wurde gewünscht, daß gerade die Goldfrage in der „Ameise“ mit erwähnt wird und war zufällig ein Genosse mit anwesend, der viele Jahre in der Farbenfabrik des Herrn Doktor Möckel gearbeitet hat. Dieser Genosse gab bekannt, daß die Goldpreise das ganze Jahr die gleichen sind. Es kostet das Kilo 350 bis 370 Mk.; ein feines Geschäft für die Herren Arbeitgeber. Ferner wurde beschlossen, ein Flugblatt auszuarbeiten und wurde hierzu die Zahlstelle Rudolstadt beauftragt, eins auszubearbeiten und dem Vorort einzusenden, von dem aus wird dann das weitere besorgt. Des Weiteren wurde beschlossen, eine Referentin zu besorgen, um die Agitation unter den Arbeiterinnen etwas mehr zu entfalten; es soll aber erst mit dem Vorort des 10. Agitationsbezirks Rücksprache genommen werden, damit die Kosten nicht zu hoch steigen und die Referentin gleich in mehreren Versammlungen sprechen kann. Es wurde ferner beschlossen, daß Streitigkeiten, wie selbige in Blankenhain vorgekommen, sofort dem Vorort mitzuteilen sind. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in Burgau tagende Vertrauensmänner-Konferenz des 11. Bezirks bedauert das scharfe Vorgehen gegen die Zahlstelle Freienorla. Sie ersucht den Verbandskassierer, Genossen Herden, da, wo in einer Zahlstelle eine wünschenswerte Kassenverwaltung nicht ist, erst eine geeignete Person aus dem betreffenden Vorort des Agitationsbezirks zu beauftragen, die Angelegenheit zu untersuchen, bevor er zur Auflösung der Zahlstelle schreitet. Sämtliche Vertrauensmänner besprachen das scharfe Vorgehen des Gen. Herden und waren der Meinung, daß eher etwas einzureißen ist, als aufzubauen, wie es in Freienorla der Fall war.“

Es war ferner ein Genosse aus Lansdorf anwesend, der wünschte, daß Lansdorf besser von Kahla aus bearbeitet werden soll. Es wurde ferner angeregt, Versammlungen für die Arbeiterinnen abzuhalten, um dadurch eine bessere Agitation unter den Arbeiterinnen zu entfalten. Zum Schluß fordert der Vorsitzende auf, daß das, was besprochen worden ist, den Zahlstellen zum großen Nutzen gereichen soll, darum Genossen: Weg mit der Gleichgültigkeit!

„Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchbricht.“

So sang Jakob Audorf in der deutschen Arbeiter-Marseillaise, die überall dort erschallt, wo zielbewusste Arbeiter wohnen. Und Audorf hat Recht; der größte Feind, dem das um seine Befreiung ringende Volk gegen sich stehen hat, das ist der Indifferentismus, der Unverstand der Massen. — Die Sitzung wurde um 1/27 Uhr geschlossen, der freie und harmonische Geist, der in den burgauer Genossen wohnte, hielt die Genossen bis zur späten Stunde zusammen; den burgauer Genossen, welche durch Absingen einiger Arbeiterlieder die Herzen der Anwesenden erquickten, sei auch an dieser Stelle gedankt.

h. Berlin II, Sonnabend, den 5. Dezember fand die Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Auf der Tagesordnung stand: Geschäftliches, Berichte, Neuwahl der Verwaltung und Ver-

schiedenes. — Unter Geschäftlichem teilt der Vorsitzende mit, daß den Kollegen Ebeling und Schmidt die Arbeitslosenunterstützung entzogen worden ist, da dieselben eigenmächtig die Arbeit ohne Zustimmung des Vorsitzenden niedergelegt haben. Die Versammlung ist anderer Meinung als der Vorstand und bewilligt den betreffenden Kollegen die Arbeitslosenunterstützung. — Es folgten nun die Berichte der einzelnen Funktionäre. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu bemerken, daß die Sitzungen sehr sachlich und rege besucht waren, Beweis dafür, die Zunahme der Mitglieder der Zahlstelle. Ein tiefes Interesse war vorhanden, das für die nächste Zeit und Tätigkeit für die Bewegung von bedeutendem Vorteil sein wird. Die Wahl der Verwaltung ergibt folgendes Resultat: als Vorsitzender wird Kollege Korn gewählt, als Schriftführer Kollege Tobias, als Kassierer Kollege Munt. Als Revisoren werden Braunschweig, Kühne und Thrams gewählt, als Beisitzer der Verwaltung die Kollegen Welzel, Bickel, Kuly und Henning, als Arbeitsnachweishaber Kollege Freiesleben. Nach Erledigung einzelner interner Angelegenheiten wird die Versammlung geschlossen.

s. Langewiesen. In der am 10. Januar stattgefundenen gutbesuchten Zahlstellenversammlung wurden sämtliche Anträge, den Beihilfefond betreffend, einstimmig angenommen. Gleichzeitig wurde, in Anbetracht der Situation, beschlossen, die Zahlung der Extrabeiträge unverzüglich vorzunehmen. Auf Antrag wurde für jede in Frage kommende Fabrik ein Unterkassierer gewählt. Die Absendung der fälligen Extrabeiträge für die ersten beiden Wochen erfolgt, da dieselben bereits kassiert, sofort.

w. Unterhaus. Die am 9. Januar stattgehabte Versammlung war von 25 Mitgliedern besucht. Zu Punkt 1, Geschäftliches, hält der Vorsitzende eine Ansprache in Bezug auf die Extrabeiträge und verliest den § 23 des Verbandsstatuts. Hierzu entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher folgender Antrag angenommen wurde: „Die Zahlstelle Unterhaus beantragt beim Hauptvorstand, die Extrabeiträge alle 14 Tage zu erheben. Der Vorstand kann event. die 18 Extrabeiträge in 26 Wochen erheben.“ Begründung: Da unsere Beiträge jetzt höher sind als 1901 und da schon 1901 der Streit war wegen der Streichung derjenigen Mitglieder, die mit den Extrabeiträgen im Rückstand waren, wieviel mehr würden denn jetzt solche Streichungen stattfinden müssen, da die Beiträge und demnach auch die Extrabeiträge höher sind wie früher, zumal sich jetzt jeder in seiner Verdienststufe versichern muß, was früher nicht der Fall war. Diese vielen voraussetzlichen Streichungen zu vermeiden, wird obiger Antrag gestellt. Der Kartellbericht, welchen der Delegierte erstattet, gibt auch in den Erfolg, den die hiesigen Musterzeichner vor kurzem errungen haben, einen Einblick und erklärt, daß dieselben mit Stolz auf ihre bisherige Tätigkeit zurückblicken können. Dann berichtet der Delegierte über die Weihnachtsgesicherung, welche den Durchgereisten zu teil geworden ist und ferner über die Arbeitslosenzählung. Unter Verschiedenem fragte der Unterkassierer in Bezug der Extrabeitragsleistung der Lehrlinge an und wird erklärt, daß dieselben ganz wie die übrigen Mitglieder zu zahlen haben.

g. Wunsiedel. Die letzte Versammlung war von 25 Mitgliedern besucht. Nach der Vornahme von 12 Aufnahmen wird zum Punkte „Kartellbeiträge“ geschritten. Nach Beschluß der letzten Kartellversammlung wurde der Beitrag von 10 Pf. auf 20 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr erhöht. Da jedoch dadurch der 8 pCt.-Fonds nahezu aufgebraucht wird, wird beschlossen, daß die Hälfte des Kartellbeitrags die Mitglieder selbst zu bezahlen haben und die andere Hälfte aus dem 8 pCt.-Fonds entnommen wird. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, mit andern dem Kartell angehörigen Zahlstellen in Verbindung zu treten, bezüglich Verringerung der jetzigen Beiträge. Hierauf erfolgte die Diskussion über die Extrabeiträge. Die Begründung des Vorstandes wurde verlesen. Von sämtlichen Rednern wurde anerkannt, daß der Verband zu kämpfen gezwungen wurde, die unsere Klasse nicht allein tragen kann. Es drang die Erkenntnis durch, daß hier nicht etwa der einzelne Unternehmer, sondern der Verband der keramischen Industriellen dahinter stehen müsse. Wenn auch im vergangenen Sommer die Drohung, 2000 Mann auszusperrern, wenn die eisenberger Angelegenheit nicht erledigt würde, nicht zur Tatsache wurde, so führen die Arbeitgeber eben auf andere Art und Weise den Krieg gegen uns. Die durchsichtigsten Gründe (siehe Schlierbach!) werden gesucht, um mit den Arbeitern anzubinden. Ist dies geschehen, dann heißt es entweder aus dem Verband oder aus der Fabrik. Der Zweck, zu dem auch die kleinste Angelegenheit dienen mußte, ist dann erreicht. Es handelt sich hier nicht etwa um Lohnkämpfe, sondern um den Kampf ums Koalitionsrecht. Die Unternehmer wollen uns den Lebensnerv der Organisationsaktion abschneiden, um uns zu einer toten, widersandslosen Masse zu machen. Dies kann und darf nicht ge-

sehen. Es sollen sich daher die Mitglieder, die mit den Extrabeiträgen unzufrieden sind, in diese Lage hinein denken, dann werden sie wohl anderer Meinung werden. Ein jeder verlorener Kampf ruft sofort einen neuen an einem andern Ort hervor. Wo das hinführt, kann sich jeder denken. Von den darauf folgenden Lohnabzügen z. gar nicht zu reden. Da die jetzige Lage der von 1894, beim altwasser Streit ähnlich ist, so wurde auf den Opfermut der wunsiedeler Zahlstelle von damals hingewiesen. Damals gaben die Mitglieder unserer Zahlstelle mehr als das Doppelte der jetzigen Extrabeiträge freiwillig. Man kann nicht glauben, daß der Opfermut nun jetzt gesunken wäre. Auch darauf, daß manche Mitglieder denken, sie sitzen in ihrer Stelle gut und fest, kam die Sprache. Daß diese Kollegen sich irren, beweist wiederum Schlierbach, wo alte im Dienste der Firma ergraute Arbeiter, mit mehr als 30 Arbeitsjahren, ebenfalls aufs Pflaster geworfen wurden. Auch der ewigen Klage über die vermeintlich durch die Dienstversicherung zu Unrecht erhöhten Beträge wurde gedacht. Mögen sich die Unzufriedenen einmal bei den einzelnen teifauer oder schlierbacher Mitgliedern erkundigen, die vielleicht auch Gegner der Dienstversicherung waren. Sicherlich sind sie jetzt keine Gegner derselben mehr. Auch ist nicht zu vergessen, daß wir verhältnismäßig die besten Unterstützungs-einrichtungen haben. Mit einem Appell an die Anwesenden, den nicht Erschienenen; Letzter 2/3 der Zahlstelle, das Gesprochene mitzuteilen, um die Vereinnahmung gegen die Extrabeiträge zu beseitigen, wird zur Beihilfefondsfrage geschritten. Da jedoch nur 2 Mitglieder anwesend waren, wird es ihnen überlassen, zu einer andern Zeit abzustimmen. Unter „Verschiedenem“ wurde verlangt, daß die Mitglieder mit dem Krankenkassenwesen und der Invalidenversicherung vertraut gemacht werden. Die Verwaltung soll das Nötige hierzu treffen. Ferner wurde beschlossen, wie alljährlich einen Ball abzuhalten. Gesammelt wurden für Schlierbach 1,70 Mk., für Ortmittschau 1,59 Mk.

Literarisches.

Von der Wochenschrift „In Freien Stunden“ ist jetzt das 2. Heft des neuen Jahrgangs erschienen. Die illustrierte Zeitschrift bringt in diesem Heft die Fortsetzung des Gerstäder'schen Romans „Die Flucht des Witschitski“ und die Fortsetzung von Alexander Dumas „Gabriel Lambert, der Galeeren-Slave“. Eine Schilderung russischer Judenmegeleien: „Ein Stück Mittelalter“, sowie kleinere Beiträge vervollständigen den anregenden Inhalt des Heftes, das für 10 Pf. erhältlich ist.

„Die Religion der Sozialdemokratie“, Kangelreden von Joseph Diezgen sind soeben in der Buchhandlung „Vorwärts“ in neuer, unveränderter Auflage herausgegeben. Schon der Umstand, daß es die sechste Auflage ist, die jetzt erscheint, zeugt von der außerordentlichen Beliebtheit, der sich die Schrift in Arbeiterkreisen erfreut. Der Verfasser geht von der Anschauung aus, daß die Sozialdemokratie den Stoff einer neuen Religion enthalte. Die bisherige Religion, sagt er, hat

„im allgemeinen den Zweck, das bedrängte Menschenherz vom Jammer dieses irdischen Lebens zu erlösen. Sie hat das bisher nur in idealer, träumerischer Weise vermocht, durch Anweisung an einen persönlichen Gott und an ein Reich, das nur von Toten bewohnt ist. Das Evangelium der Gegenwart verspricht, unser Jammerthal endlich in realer, wirklicher greifbarer Weise zu erlösen.“

Briefkasten.

J. G. S. Die Entnahme von Streitmarken ist nach dem Statut eine freiwillige. Der Abs. 5 im § 6 besagt: „neben den statutarischen Pflichtbeiträgen sollen die Mitglieder es für ihre moralische Pflicht erachten, durch Lösung von Streitmarken zur Aufbringung eines Streitfonds nach Kräften beizutragen.“ — Angesichts dieser Stelle haben wohl mehrere Zahlstellen ihren Angehörigen die Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl Streitmarken pro Quartal zu kaufen, auferlegt. — Derartige Zahlstellenbeschlüsse werden auch von den betreffenden Mitgliedern für bindend erachtet. Wieviel Marken vierteljährlich zu entrichten sind, schreibt das Statut nicht vor.

Versammlungskalender.

Annaburg. Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr im Vereinslokal (Ved). Bibliothekbücher sind mitzubringen. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung haben alle Mitglieder zu erscheinen.

Bayreuth. Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr bei Schmitt. Quartalsabschluss.

Berlin II. Sonnabend, 23. Januar im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15, Saal VIII. Geschäftliches. Bericht des Arbeitsvermittlers und des Vertrauensmannes. Verschiedenes. Das Erscheinen Aller ist notwendig.

Berlin-Moabit. Montag, 18. Januar, abends 8 Uhr bei Pfarr, Buttlischstr. 10. Abstimmung über den Beihilfefonds.

Bonn. Sonntag, 17. Januar, vormittags 9 Uhr bei Fajbender, Kasernenstraße. Abstimmung über den Beihilfefonds. Lohnstatistiken sind spätestens bis dahin abzuliefern.

Buda. Sonnabend, 16. Januar, abends 6 Uhr bei Westfal. Sämtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Charlottenburg. Sonnabend, 16. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinslokal des Volkshauses. Erscheinen Aller dringend notwendig. Tagesordnung: Mitglieder-Abstimmung über den Beihilfefonds. Quartalsabschluss. Ferner sind sämtliche Lohnstatistiken in der Versammlung abzugeben.

Fürstenberg a. O. Sonnabend 16. Januar, abends 8 Uhr bei P. Schleicher (Gesellschaftshaus).

Geschwenda. Sonntag, 17. Januar, nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Beschlussfassung über Einnahme von Extrabeiträgen. An Abfertigen der Lohnstatistiken wird erinnert. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Gräfenroda. Sonntag, 17. Januar, nachmittags 8 Uhr im Restaurant Söbger. Quartalsabschluss. Beschlussfassung über Einnahmen der Extrabeiträge. An Abfertigen der Lohnstatistiken wird erinnert. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Gräfenthal. Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr im Schießhaus. Sämtliche Reste sind zu begleichen wegen Uebergabe der Kasse und alle Bibliothekbücher sind abzugeben.

Heinheim. Sonntag, 17. Januar, nachm. 8 Uhr im Gasthaus „Zum Kaiserhof“, Käferthal. Wegen wichtiger Tagesordnung müssen sämtliche Mitglieder erscheinen.

Markt-Redwig. Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr in der Centralhalle. Alle Erscheinen.

Martinsroda. Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im „Thüringer Wald“. Der wichtigen Tagesordnung wegen werden sämtliche Mitglieder ersucht zu erscheinen.

Meißen. Sonnabend, 16. Januar, abends 8 Uhr. Turmhaus.

Mitterteich. Sonnabend, 23. Januar, abends 1 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinslokal. Wegen Uebergabe sind sämtliche Bibliothekbücher mitzubringen.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 16. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinslokal. Statistische Formulare sind mitzubringen oder spätestens bis zum 20. Januar beim Kassierer abzugeben.

Nürnberg. Sonntag, 31. Januar, nachm. 4 Uhr im Felsacker. Sonntag, 17. Januar Vorschlag baselbst.

Oberlind-Sonneberg. Montag, 18. Januar bei Gruner (Sinderhof). Lohnstatistiken und Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Beitragsreste sind zu begleichen. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Oberhausen. Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Vortrag über Geschlechtskrankheiten. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht, da auch über die Anträge zum Beihilfefonds abgestimmt wird.

Offenbach a. M. Sonnabend, 23. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Versammlung der Zahlstellenmitglieder im Lindenbaum (Offenbach).

Sigendorf. Sonnabend, 16. Januar, abends 7 Uhr im Vereinslokal. Einzahlen der Beiträge. Quartalsabschluss. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Vordamm. Dienstag, 19. Januar außerordentliche Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Wittenberg. Sonnabend, 16. Januar, abends

7 Uhr Versammlung des Beihilfefonds und um 8 Uhr der Zahlstelle. Punkt 1 des Beihilfefonds: Mitgliederabstimmung. Punkt 1 der Zahlstelle: Kassieren der Beiträge. 2. Besprechung der Verbandsangelegenheit. 3. Anträge und Verschiedenes.

Zell a. S. Sonntag, 17. Januar, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr im Bad. Hof. Mitgliederabstimmung über den Beihilfefonds. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Berlin II.

Alle Mitglieder, welche ihre Lohnstatistischen Formulare noch nicht abgeliefert haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben unverzüglich an den Kassierer Carl Munk, Reichenbergerstr. 28, abzuliefern oder einzusenden.

Die Verwaltung.

Die Einzelmitglieder

werden dringend ersucht, die Beiträge vom 4. Quartal und die Lohnstatistik für 1903 einzusenden. Vom 2. Januar 1904 ab werden die Beiträge in doppelter Höhe erhoben. Ersuche diese Beiträge alle 4 Wochen, mindestens aber nach Ablauf der 6. Woche einzusenden. Besonders mache ich darauf aufmerksam, daß die Extra-Beiträge in Höhe der ordentlichen Beiträge, welche vom 1. Januar 1904 ab zu zahlen sind, erhoben werden.

Für die ausgesperrten Porzellanarbeiter habe erhalten: Leisnig 4,00, Delbe 2,50 Mt.

Carl Munk, 80., Reichenbergerstr 28.

Für Unterstützung der Ausständigen in Grimmschau von den Porzellanarbeitern in Köppelsdorf durch Schilling Mt. 50,— erhalten.

Georg Treue,

Kassierer des deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Burgau. Sonnabend, den 16. Januar

Zahlstellen-Versammlung.

Wegen Uebergabe der Kasse werden alle Mitglieder ersucht, ihre Reste inkl. Streifenmarken-Entnahme zu begleichen, da der Abschluß bis zum 24. Januar endgültig fertig gestellt wird. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß bis dahin alle Lohnstatistischen Formulare abgeliefert sein müssen.

Emil Reinhold, Kassierer.

Sättengrund. Den Mitgliedern hiesiger Zahlstelle zur Kenntnis, daß ich am 30. Januar den Abschluß bestimmt fertig stelle, bis dahin müssen alle Reste begleichen sein, da sonst Streckung erfolgt, auch wird keine Stundung angenommen, höchstens bei Krankheit.

W. Liebelt, Kassierer.

Mitterteich. Sämtliche Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden aufgefordert, selbige bis 23. Januar zu begleichen. Später eingehende Beiträge können im Abschluß keine Berücksichtigung mehr finden da ich bestimmt am 24. den Abschluß fertig stellen werde.

Der Kassierer.

Schönwald. Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 8 Uhr

Zahlstellen-Versammlung

bei Herrn Wegert.

Tages-Ordnung:

1. Einzahlen der Beiträge und Bücheraustausch.
2. Mitgliederabstimmung im Beihilfefonds.
3. Wünsche und Anträge.
4. Verschiedenes.

Des bevorstehenden Quartalsabschlusses wegen werden alle Mitglieder ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt.

Junger Maler

tüchtig in Sandbeloren, Fond, Schrift und leichteren Blumen, welcher längere Zeit als Malereiletter in einer Privatmalerei tätig war, wünscht in einer Porzellanfabrik oder Privatmalerei Stellung. Eintritt sofort. Gest. Off. unter C. S. an die Exped. d. Bl. erbeten.

Michael Bayer,

Buchhandlung in Selb i. Sachsen

empfehlen den verehrten Zahlstellen und Kollegen zur Anschaffung von Bibliothekbüchern, sowie zum Privatgebrauch, alle Neuerscheinungen des Buchhandels, in gebundenen Werken, Zeitschriften, Broschüren, Kalendern etc. etc., Hautschud und Metallstempel, Drucksachen aller Art u. dergl. m. Um gütige Berücksichtigung bittet D. D.

Staubschuhanzüge, Malerkittel und Kleiderschürzen

für Mädchen, ebenso wie Mützen etc. empfiehlt billigt Eduard Koch, Königssee i. Thür.

Goldschmiedere,

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.

Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinzel, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w. werden

ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.

Goldschmiedere,

verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Man verlange Prospekte. Ältestes Geschäft dieser Art.

So schnell schick zu Hammermüller
Werd ich bei jedem sein, der GOLD u. alle Abfälle
Reelle Bed. H.H. Nieder-Planitz i./S. Zwickauer Str. 86. Preis!

Zur gefl. Beachtung!

Um umgehende Einsendung der Resultate der Verwaltungswahlen wird gebeten, da die Vorstands-Adressen in Nr. 5 der „Ameise“ veröffentlicht werden. Zu spät einlaufende Adressen (nach dem 23. Januar) können nicht mehr berücksichtigt werden.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Fritz Zietz, Charlottenburg, Rosinenstraße 8. Druck u. Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.